Der „Saskatchewan Courier“ ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: Sask. Courier Publ. Co., Drawer 505, Regina, Sask., oder sprechen in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

1819 Scarth-Str., Zimmer 104

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER" is the largest German newspaper publish t in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - Telephone 6 7.

1819 Scarth Str. Room 104

5. Jahrgang — Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 24. Januar, 1912. — No. 13.

Cubanische Kabalen.

„Setzen wir Deutschland nur in den Sattel! Reiten wird es schon können!“ So lautet ein zum geflügelten Wort gewordener Ausspruch Bismarck's. An diesen kernhaften Ausspruch des ersten Reichskanzlers wird man erinnert durch die inneren Wirren in der Republik Cuba, welche für die amerikanische Regierung Ursachs zu einer diplomatischen Note geworden sind, in welcher, soweit dies internationale Höflichkeit zuläßt, der cubanischen Regierung eröffnet wird, daß sie sich einer abermaligen Einmischung der Vereinigten Staaten zu gewärtigen habe, falls die auf Umsturz ausgehenden politischen Umtriebe nicht aufhörten. Onkel Sam hat der Republik Cuba vor dreizehn Jahren zwar in den Sattel geholfen, aber reiten hat Cuba in all den Jahren nicht gelernt. Die Antillen-Republik steht heute wieder vor einer Revolution, und nachdem die Vereinigten Staaten sie vor der Welt als ihr Mündel ans Heu genommen, würde ein Einschreiten unvermeidlich werden, falls Präsident Gomez die Situation nicht länger beherrschen könnte. Hochgradige Unzufriedenheit mit der Verwaltung des Präsidenten Gomez, welcher Korruption und Verschwendung vorgeworfen wird, geht durch die gesamte Bevölkerung und dieser Volkserregung hat sich die Militär-Partei bemächtigt, welche sich zumeist aus Veteranen der cubanischen Befreiungskriege zusammensetzt, aber auch die Sympathien des kleinen stehenden Heeres wie auch der Landmiliz, der „Rurales“, auf ihrer Seite hat. Als ein Vermächtnis aus dem Kriege herrührend hat nämlich auch Cuba, gerade wie die Vereinigten Staaten aus dem Bürgerkriege, ein zahlreiches Veteranen-Element, welches Einfluß auf die innere Politik des Landes gewonnen hat und seit Jahren lärmend auf Anerkennung drängt, sei es durch Gewährung von Pensionen oder aber durch Bevorzugung für Anstellungen im öffentlichen Dienste. Gerade wie in den Staaten vor vierzig und mehr Jahren. Diese cubanische „Grand Army“ erfreut sich auch eines großen Anhangs bei der Bevölkerung im Allgemeinen, aber ihren stärksten Halt hat sie an der Armee von 5000 Mann und den weit zahlreicheren Angehörigen der Miliz. Gomez, dessen Amtszeit dem Ende nahe ist und der auf eine Wiedererwählung keine Aussicht hat, konnte oder wollte sich zu energischem Auftreten gegen diese Militär-Partei nicht aufraffen, obwohl sein Einschreiten gerechtfertigt gewesen wäre, da die Offiziere der Armee sich trotz des in der Verfassung enthaltenen Verbots an den politischen Umtrieben beteiligen. Für das für die Bedürfnisse der Insel ungewöhnlich starke stehende Heer von 5000 Mann sind übrigens die Vereinigten Staaten verantwortlich, weil Vorstellungen ihrerseits maßgebend waren, daß in der Verfassung der neuen Republik ein stehendes Heer von 10,000 Mann vorgesehen ward, welches in der Praxis jedoch nicht über 5000 Mann gedieben ist, wozu noch die „Rurales“ oder Milizen der einzelnen Provinzen kommen. Cubanische Patrioten protestierten damals zwar gegen die Schaffung eines derartig großen Heeres, aber unter Magoon, dem von den Vereinigten Staaten nach Cuba entsandten provisorischen Gouverneur, wurde der Grund zu der Militärpartei gelegt, von welcher jetzt der jungen Republik Gefahr droht.

Ein Grund zur abermaligen Einmischung der Vereinigten Staaten liegt bis jetzt noch nicht vor und möglicher Weise wird die auf diplomatischem Wege erteilte Warnung Früchte tragen. Sollten aber die politischen Verhältnisse eine abermalige Intervention der Vereinigten Staaten erheischen, so würde diese wohl die letzte Einmischung sein, denn Annektierung würde das Ende sein. Die Vereinigten Staaten haben, als sie Cuba in den Sattel gehoben haben, der Welt gegenüber Garantien für den ungeübten Reiter übernommen. Ob man im Lande aber von einer schließlichen Annektierung der Insel entzückt wäre, ist eine andere Frage.

Kiderlen's Romfahrt.

Rom, 18. Jan. — Der deutsche Staatssekretär des Aeußern, Herr v. Kiderlen-Waechter, wird am Samstag hier eintreffen und in der deutschen Botschaft mit dem italienischen Ministerpräsidenten Giolitti frühstücken.

Am Sonntag ist Herr v. Kiderlen vom König zur Tafel im Quirinal geladen, und an demselben Tage ist der deutsche Leiter des Auswärtigen Gast des italienischen Ministers des Aeußern San Giuliano bei einem Gabelfrühstück. Am Abend erfolgt die Abreise.

Der Besuch des Herrn v. Kiderlen-Waechter in Rom ist unter den jetzigen Verhältnissen dazu angetan, vor der Welt die bestehenden innigen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien zu bekräftigen.

Deutsches Kapital in der amerikanischen Kohlentheer-Industrie.

Vor einem Jahre hat die Deutsche Bank, unter Mitwirkung anderer deutscher Banken, mit der Bethlehem Steel Co. einen Vertrag abgeschlossen, unter welchem die Schwab'sche Stahl-Gesellschaft die aus ihrer Coke-Produktion sich ergebenden Neben-Erzeugnisse der German-American Coal Products Co. überließ. Im weiteren Verlauf beteiligten sich die deutschen Banken mit $15,000,000 an der Lehigh Coke Co., welche die Hochöfen und Werke der Bethlehem Steel Co. mit Coke versorgt und die Gesellschaft hat nun 300 Coke-Oefen der neuesten Bauart errichtet und den Betrieb aufgenommen. Die Coke-Produktion dieser Oefen wird sich auf 6500 Tonnen täglich belaufen, ist jedoch der Steigerung fähig. Die hauptsächlichen Neben-Produkte bei der Vercokung von Steinkohle sind Theer und Ammoniak und Gase werden von deutschen Gesellschaften verarbeitet, der Theer auf Theerfarben und andere Derivate, das Ammoniak als Zutat für künstliche Düngemittel.

Zilinsky nochmals freigesprochen.

Budapest, 18. Jan. — Zum zweiten Mal haben die Geschworenen die Brüder Zilinsky von der Anklage freigesprochen, den Abgeordneten Andreas Achim, Führer der Bauernpartei, ermordet zu haben.

Achim hatte in einem Lokalblatt heftige Angriffe gegen den früheren Staatssekretär Michael Zilinsky und seinen Bruder Andreas Zilinsky wegen angeblich schwindelhafter Bankunternehmen gerichtet und wurde am 14. Mai, wie damals gemeldet, in seiner Wohnung von den beiden Söhnen des Letzteren aufgesucht, die von ihm Genugtuung verlangten. Er empfing die beiden brutal und versetzte dem jüngsten einen Stockhieb, worauf dieser vier Revolverschüsse auf ihn abgab. Achim wurde auf den Tod verletzt und starb bald darnach im Krankenhause. Die Brüder Zilinsky stellten sich sofort dem Staatsanwalt.

Der oberste Gerichtshof hatte seinerzeit das freisprechende Verdikt des Schwurgerichts von Bekesgyula kassiert und ein neues Verfahren im Budapester Schwurgericht angeordnet, welches nunmehr das gleiche Ergebnis gehabt hat.

Schüler tötet Lehrer.

Wien, 18. Jan. — Größte Aufregung herrscht in der Stadt Suczawa, Bukowina, über die Tat eines Schülers, welchem das Leben eines Lehrers zum Opfer gefallen ist. Der siebzehn Jahre alte Primaner Grecinc hat vor versammelter Klasse den Mathematiklehrer Morenschi mit einem Revolver erschossen.

Der Akt war das Resultat einer Verschwörung der gesamten Klasse, bei welcher sich der Mathematiker verhaßt gemacht hatte. Es wurde unter den Primanern ausgelost, wer das geplante Attentat auf den Lehrer zur Ausführung bringen sollte.

Das Los fiel auf Grecinc. Dieser verschaffte sich die Waffe und verübte die Mordtat gegen den unglücklichen Lehrer, welcher keine Ahnung von dem Anschlag hatte. Für die Verschwörer dürfte das furchtbare Geschehnis noch verhängnisvolle Folgen haben.

Stürme in England dauern an.

London, 18. Januar. — Der Sturm, welcher in einzelnen Teilen des Vereinigten Königreichs noch mit gleicher Stärke wütet, ist der schlimmste und verheerendste, wie ein solcher seit längerer Zeit erlebt. Schiffbrüche und sonstige Unglücke haben bereits gegen hundert Menschenleben zum Opfer gefordert, und man befürchtet, daß der ganze Umfang der Katastrophen auf dem Lande und zur See noch nicht bekannt ist.

Besonders an der schottischen Küste von Aberdeen tobt die Wut des Unwetters. Heute hat man dort beobachtet, wie ein Dampfer aus dem Gesichtskreise verschwand. Er mag in die See hinausgetrieben sein, ist aber wahrscheinlich von den Wellen verschlungen worden. Zwei weitere Schiffbrüche werden von der Küste gemeldet, ohne daß Einzelheiten erhältlich sind. Ein weiteres Schiff, welches gestern gescheitert ist, wird für einen Kohlendampfer aus Aberdeen gehalten.

Von dem Dampfer, welcher vor einem oder zwei Tagen vor der Küste von Yorkshire in Seenotgesichtet worden ist, ist nichts weiteres gehört worden. Ein bei Ramsay, an der Küste der Insel Man, angeschwemmtes Boot läßt darauf schließen, daß es sich um einen größen Transer handelt. Dann kommen kleinere Schiffbrüche an den verschiedenen Küsten, von welchen jeder einige Menschenleben gekostet hat.

Der 18. Januar 1871

Heute vor 41 Jahren proklamierte sich König Wilhelm I. im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles zum Deutschen Kaiser, in dem Prunksaale, dessen Deckengemälde die Vergötterung Ludwig XIV. und die Erniedrigung der Nachbarmächte, Deutschland, Holland und Spanien, vor seinem Thron darstellen. „Wir übernehmen,“ sagte der Kaiser, „die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht .... den Frieden zu wahren —— Wir wollen allezeit Mehrer des Deutschen Reiches sein, nicht im kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung!“ Und diese Worte sind in den langen 41 Jahren von den drei deutschen Kaisern ehrlich eingelöst worden. Und vom dermaligen Kaiser Wilhelm II. gilt das in erhöhtem Maße. Die Jahre seiner Regierung waren besonders reich an politischen Verwicklungen, die zu Kriegen drängten. Aber Wilhelm II. verzichtete allemal auf die Appellation ans Schwert. Es kann das ihm, dem Herrn der größten europäischen Militärmacht, gar nicht hoch genug angerechnet werden. Sein Volk hätte ihm zugejubelt, wenn er um Marokko das Schwert ergriffen hätte. Es verdammt in seiner großen Mehrheit die Friedenstaktik des Kaisers und jene auf Friedenswahrung gerichtete Diplomatie seiner Ratgeber, des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg und des Staatssekretärs v. Kiderlen-Waechter.

Nicht ein ängstliches Erwägen hat diese Friedenspolitik diktiert. Deutschland ist stark genug, auch nach zwei Fronten den Feinden zu begegnen. Die deutschen Stämme, die vor 41 Jahren auf dem Schlachtfelde ihre Einheit erkämpften, haben das damals getan, weil sie es tun mußten. Für die großen Güter alles einzusetzen, dafür wäre das deutsche Volk heute noch ebenso bereit wie damals. Das schließt eine friedfertige Politik nicht aus, befördert sie sogar, weil ein Volk, das von solchem Geiste erfüllt ist, sein Bestes nicht um ein Nichts und um ein Phantom opfern wird. Und so ist Deutschland der sicherste Friedenshort in der Welt geworden, mag man auch noch so oft es des Gegenteils beschuldigen.

Möge man im Ausland den Kaiser bekritteln, er bleibt doch die große, starke Persönlichkeit, um den Deutschland — man will es nur nicht eingestehen — von den Nationen beneidet wird, der mächtige Friedensfürst, unter dessen nun bald 24jähriger Regierung sich das Deutsche Reich in ungeahnter Weise entwickelt hat, der starke Schirmer deutscher Ehre und deutschen Ansehens. Werden diese verletzt, wird trotz aller Friedensliebe und allem Entgegenkommen, die das deutsche Volk und insbesondere der Deutsche Kaiser der Welt bewiesen hat, dem Reiche der Existenzkampf um das nationale Dasein noch einmal aufgedrängt, so wird es diesen auch wie in den Jahren 1870 und 1871 einmütig und mit aller Schärfe und Kraft zu führen wissen.

Der 18. Januar 1871 bildet einen Marksteln nicht nur in der deutschen Geschichte, sondern in der Geschichte der ganzen Welt. Seit es wieder Deutsche Kaiser giebt, ist dem deutschen Lande eine Wohlfahrt ohnegleichen zuteil geworden, und hat es sich trotz aller Revanchegelüste und Einkreisungsbemühungen eines dauernden, nun 41jährigen Friedens erfreuen können. Und das ist auch den anderen Nationen zu gute gekommen.

Bedeutsamer Besuch.

Wien, 20. Jan. — Die Nachricht, daß Erzherzog Thronfolger Franz Ferdinand in Begleitung seiner Gemahlin, der Herzogin von Hohenberg, sich demnächst nach Berlin begeben werde, um an der Feier des Geburtstags des Deutschen Kaisers am 27. Januar teilzunehmen, wird in politischen Kreisen sehr lebhaft besprochen. Diesem Besuch wird besondere Bedeutung beigemessen, da er ein Abweichen vom bisherigen Gebrauch bedeutet, insofern bisher nie ein Mitglied des österreichischen Kaiserhauses sich zu der Geburtstagsfeier nach Berlin begeben hat.

Man glaubt allgemein, daß der Zweck dieses Besuches der ist, das Mißtrauen gegen Oesterreich-Ungarn zu zerstreuen, das sich der Marokkokrisis in weiten Kreisen in Deutschland zeigt, und gleichzeitig die Gerüchte zu widerlegen, daß der Deutsche Kaiser über Mangel an Unterstützung während dieser Krisis von seiten Oesterreichs verstimmt sei.

Ein chinesischer General, der deutsch versteht.

Man schreibt den M. N. N.: Während der Besetzung Pekings anläßlich des Boxeraufstandes durch die deutschen Truppen war die erste Abteilung des ostasiatischen Feldartillerie-Regiments unter dem Kommando des königlich-preußischen Majors Quensell in dem chinesischen Arsenal (Tatarenstadt) untergebracht. Die zweite Batterie dieser Abteilung bestand durchwegs aus bayerischen Unteroffizieren und Mannschaften. Durch eine schmale Straße getrennt lag das Hamen des berühmten Li-hung-tschang. Bei diesem war der chinesische Divisionskommandeur General Ma (Kommandant der bis an die Demarkationslinie vorgeschobenen chinesischen Regierungstruppen) anwesend. Obwohl die deutschen Truppen eine Anzahl von Kulis zur Verrichtung von Arbeiten beschäftigten, machten sich die braven Kanoniere das Vergnügen, vormittags vorübergehende Chinesen zu schmutzigen Arbeiten, speziell zum Reinigen von Latrinen, herbeizuziehen. Genannter General Ma, der 6 Jahre nach Berlin kommandiert war, wurde von dem deutschen Abteilungskommandeur als Nachbar zum Frühstück eingeladen und begab sich zu diesem Zwecke und ohne Begleitung an das Tor des Arsenals. Da er die chinesische Militär-Mandarinenkleidung trug, wurde er von dem deutschen Doppelposten nicht erkannt und sofort freundlich, aber sehr energisch eingeladen, die Latrinen mitzureinigen. Der Posten sagte einfach: „Kuli, kwai kwai“ (Kuli, komme dich). Das Erstaunen des Chinakämpfers war nicht gering, als ihm der mit „Kuli“ Angeredete in tadellosem Berliner Jargon entgegnete: „Mein Junge, du könntest zu mir ganz jut Exzellenz sagen, leider bin ick bei Herrn Major Quensell zum Frühstück jeladen und deshalb nich in der Lage, det appetitliche Geschäft zu besorjen.“ — Die Schilderung des chinesischen Generals bei seiner Ankunft im Offizierskasino erregte natürlich schallende Heiterkeit.

Frankreich gibt vor.

Paris, 17. Januar. — Auf dem diplomatischen Wochenempfang hatten Premierminister Poincare und der italienische Botschafter Tittoni eine lange Unterredung über den „Chartago“-Zwischenfall. Die Angelegenheit wird in Rom weiter behandelt und ohne Zweifel in freundschaftlicher Weise beigelegt werden.

Gleichzeitig aber verlautet, daß sich Herr Poincare der italienischen Regierung gegenüber ernste Vorbehalte gewahrt habe. Die französische Regierung hat ein Protest-Telegramm von den Passagieren des Dampfers erhalten.

Paris, 17. Jan. — Die französische Regierung hat der italienischen mitgeteilt, daß sich Frankreich all' seine Rechte bezüglich der auf hoher See erfolgten Beschlagnahme des französischen Postdampfers „Carthago“ durch italienische Torpedojäger vorbehalte.

Die „Carthago“ war, wie gemeldet, angehalten und nach Cagliari, Sardinien, gebracht worden, weil die Italiener einen an Bord befindlichen Aeroplan des französischen Aviatikers Duval und Teile eines anderen, dem Flieger Obre gehörenden Aeroplans als Kriegskontrebande betrachteten. Die Begleitumstände der Beschlagnahme sind durch die französische Regierung den maßgebenden Autoritäten der Rechtswissenschaft und des Völkerrechts unterbreitet worden.

Marseille, 17. Jan. — Der Agent der Französischen Linie hat heute von dem Kapitän der „Carthago“ eine Kabeldepesche erhalten, laut welcher sein Schiff immer noch in Cagliari festgehalten wird. Der Kapitän teilt mit, er sei siebzehn Meilen vor der sardinischen Küste, also außerhalb italienischen Rayons, angehalten worden. Er hat dem französischen Konsul in Cagliari einen ausführlichen Bericht über den Vorgang nebst einem Protest in regulärer Form übergeben.

Ferner hat der Agent eine Depesche von dem Generalresidenten in Tunis erhalten, der ihm den Eingang einer drahtlosen Depesche des Kapitäns der „Carthago“ meldet, des Inhalts, der Kapitän habe eine formelle Order der italienischen Regierung erhalten, die Benützung seiner drahtlosen Einrichtung an Bord einzustellen.

Boston, Mass., 17. Januar. — Auf dem Wege von Calcutta hierher geriet vor etlichen Tagen der Dampfer „Bramfels“ von der Hallaltinie in einen Sturm von so heftiger Heftigkeit, daß das Schiff, während zwei Maschinen mit Volldampf vorwärts arbeiteten, in 24 Stunden nur eine 27 Meilen von 54 Meilen rückwärts getrieben wurde. Sämtliche Mitglieder der Mannschaft erklärten, diesen Sturm sei der furchtbarste gewesen, welchen sie je erlebt.

Graf Aehrenthal.

Von dem Rücktritt des Grafen Aehrenthal ist seit geraumer Zeit gemunkelt worden. Wie jede Veränderung, die sich in der Doppelmonarchie auf politischem Gebiet in den Personen oder Sachen vollzieht, mit dem Thronfolger in Kausalnexus gebracht wird, so ist selbstverständlich auch der Grund der angeblich bevorstehenden Demission des Leiters der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns in seinem Verhältnis zum Erzherzog Franz Ferdinand gesucht worden. Auffällig war es schon, wie die Wiener „Reichspost“, deren Beziehungen zur Umgebung des Thronfolgers bekannt sind, sich plötzlich in heftigen Angriffen auf den Grafen Aehrenthal erging, und zwar wegen seiner wohlwollenden Haltung Italien gegenüber. Daß hinter den Kulissen der österreichischen Politik Kräfte sich regen, die auf eine gründliche Abrechnung mit Italien bei der augenblicklichen politischen Lage hinarbeiten, ist Tatsache, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie auch in der Umgebung des Thronfolgers vertreten sind.

In der jüngsten kurzen Tagung der Delegationen ist offenbar die demnächstige Abdankung des Grafen Aehrenthal antizipiert worden. Sonst wäre der Ton, welchen der Tschechenhäuptling Kramarcz und nach ihm der christlichsoziale Wortführer Dr. Freiherr v. Fuchs angeschlagen, kaum erklärlich. Beider Ausführungen bildeten eine unbarmherzige Kritik der auswärtigen Politik des Grafen. Beide betonten, daß einerseits zwischen Italien und Oesterreich und andererseits zwischen Deutschland und Oesterreich Unstimmigkeiten vorherrschten, welche bedenkliche Zukunftsmöglichkeiten darböten. Namentlich hat Freiherr v. Fuchs in größter Umständlichkeit darzulegen gesucht, daß zwischen Wien und Berlin nicht mehr alles so sei, wie es sein sollte.

Daß es Kaiser Franz Joseph für notwendig gehalten hat, den Erzherzog Leopold Salvator zum deutschen Botschafter in Wien zu schicken, um die unverbrüchliche Bundestreue der Doppelmonarchie zu bekräftigen, ist mindestens eigentümlich. Graf Aehrenthal hat sich den Attacken in den Delegationen gegenüber in absolutes Schweigen gehüllt und selbst den freimütigen Auslassungen über das verschlechterte Verhältnis zu Deutschland mit keiner Silbe widersprochen. Eine Kundgebung von höchster Stelle mag deshalb für unerläßlich gegolten haben. Sie wäre zweifellos anders erfolgt, wenn mit einer längeren Amtsdauer des Grafen Aehrenthal gerechnet würde, denn sie ist über den Kopf des gemeinsamen Ministers des Aeußern geschehen.

In Berlin hat man offenbar nicht mehr ein starkes Interesse daran, den Grafen Aehrenthal im Amte erhalten zu sehen, wie es noch vor Jahresfrist der Fall war. Sein Rücktritt, der nur eine Frage der Zeit zu sein scheint, würde deshalb nicht allzu tragisch genommen werden. Die Verdrängung des Generalstabschefs Conrad v. Hötzendorf ist seinerzeit als ein Pyrrhussieg des Grafen Aehrenthal bezeichnet worden. Daß sein eigener Abgang von der politischen Bühne so bald erfolgen werde, wurde indeß nicht angenommen. Die Gegensätze innerhalb der maßgebenden Kreise Wiens haben aber anzeichenlich solch rasche Fortschritte gemacht, daß Aehrenthal seinen Abschied in absehbarer Zeit zu nehmen haben wird. Wie die Dinge liegen, wird Deutschland bei einem Wechsel in der Leitung des auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns nur gewinnen können.

Times-Blödsinn.

Berlin, 17. Jan. — Etliche dem Kaiser zugeschriebene Aeußerungen, welche von der fremdländischen Chauvinisten-Presse bereits tendenziös ausgebeutet wurden, werden offiziell auf das bündigste in Abrede gestellt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt in einer amtlichen Stundgebung eine sensationelle Meldung des Pariser „Gaulois“ für ungeremtes Erfindung. Nach jener Meldung sollte der Kaiser einem Diplomaten gegenüber gesagt haben, die sozialistische Gefahr könne der Monarchie die Pflicht auferlegen, die Volksseele durch einen Krieg zu stärken.

Nach derber abgefertigt wird eine Angabe der Londoner „Times“. Diese hatte erklärt, der Kaiser stütze sich gegen den Sozialismus auf den Klerikalismus und habe die Absicht, zu der letzteren Stärkung Reise Oesterreichs zu dirigieren. Diese Angabe wird von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ für den Gipfel des Blödsinns erklärt.

Reichs- und preußische Staatsanleihe von 500 Millionen Mark.

Nach einer Konferenz mit dem Präsidenten der Reichsbank übernimmt nunmehr ein Bankkonsortium 420 Millionen Mark preußische Staatsanleihe und 80 Millionen Mark Reichsanleihe zu vier Prozent Zinsen. Die Zeichnungen werden auf 29. Januar aufgelegt, und zwar zum Kurse von 101.40. Das Konsortium übernimmt die Anleihen zum Kurse von 100.80.

Die Reichsanleihe bedeutet keine Erhöhung der Reichsschuld. Der Betrag von 80 Millionen Mark ist dazu bestimmt, einen Teil der in diesem Jahre fällig werdenden Schatzanweisungen einzulösen, wie bereits angekündigt wurde. Die preußische Staatsanleihe wird zur werbende Zwecke, Bahnbauten, Elektrisierung von Stadtbahnen, Ankauf rollenden Materials u. dergl. kontrahiert.

Sensationeller Kriegsprophet.

Wien, 15. Januar. — In politischen Kreisen in Wien haben verschiedene Reden, die der klerikale Führer Baron Fuchs in den letzten Tagen hielt, große Sensation hervorgerufen. Dieser erklärte, Italien rüste gegen Oesterreich-Ungarn, und wenn erst der Krieg in Tripolis zum Abschluß komme, werde König Vittor Emanuel entweder gegen Oesterreich Krieg führen, oder ins Exil gehen müssen.

Baron Fuchs behauptete ferner mit großer Bestimmtheit, die langjährigen engen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland seien ebenfalls im Erkalten, nachdem Oesterreich seinen Bundesgenossen während der Marokko-Verhandlungen im Stiche gelassen. Fuchs tadelt außerdem die Leitung der auswärtigen Politik, daß sie der Pflege der Beziehungen zu Rußland nicht die nötige Sorgfalt zuwende.

Es verlautet, Baron Fuchs habe vom Minister des Aeußern, Grafen Aehrenthal, eine Erklärung über die Differenzen zwischen Deutschland und Oesterreich verlangt, von deren Beiteben er, Fuchs, genaue Kenntnis habe. Aehrenthal habe sich in vollständiges Stillschweigen über die Angelegenheit gehüllt, und Fuchs sich deshalb für berechtigt betrachtet, öffentlich seiner Unzufriedenheit über Aehrenthals auswärtige Politik Ausdruck zu geben.

Gewaltige Streik-Mehrheit.

London, 18. Jan. — Das Ergebnis der Abstimmung unter den Kohlenbergleuten ist heute Nachmittag bekannt gegeben worden und zeigte eine überwältigende Mehrheit zugunsten eines Streikes behufs Festsetzung eines Minimallohnes. Die Ziffern waren: Für den Streik 445,801, gegen den Streik 115,921.

Ankündigungen der Arbeitseinstellung werden zweifellos von den Bergleuten sofort abgegeben werden, so daß am 1. März ein nationaler Stillstand in der Kohleförderung eintreten kann. Die langen Wochen bis dahin geben jedoch reichlich Zeit zu Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Angestellten, und eine Abwendung des Streikes, der eine nationale Kalamität sein würde, ist immer noch zu erwarten.

Parlaments-Renkontre.

Brüssel, 18. Jan. — In der Deputiertenkammer hat heute ein persönliches Renkontre stattgefunden, in welchem der Sozialistenführer Vandervelde und der katholische Abgeordnete Warnaffe die Hauptpersonen waren. Letzterer warf den Sozialisten spöttisch vor, daß sie immer gut mit Geldmitteln versehen seien, und machte im Verlauf einer Debatte über die zunehmende Teuerung andere die Partei herabwürdigende Bemerkungen. Herr Vandervelde sprang auf Herrn Warnaffe zu und konnte nur mit Mühe von seinen Kollegen zurückgerissen werden.

Inmitten des entspinnenden großen Aufruhrs wurde die Sitzung aufgehoben. Als sie wieder eröffnet wurde, erhielt der Sozialistenführer ein Tadelsvotum.

Einigung in Sicht.

London, 17. Jan. — Durch in Birmingham stattgehabte Konferenzen der Kohlenzechen-Besitzer und der Bergleute sind die Differenzen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die sich hauptsächlich auf Festsetzung eines Minimallohnes bezogen, vermindert worden, besonders in Bezug auf die englischen Kohlengruben, und eine baldige Beilegung ist zu erwarten.

Der Konflikt zieht ungefähr 1000,000 Mann in Mitleidenschaft, die seit einer Reihe von Tagen mit einer Abstimmung darüber beschäftigt sind, ob am 1. März ein nationaler Streik in Kraft treten soll. Soweit die Ziffern bis jetzt vorliegen, ist die Stimmung stark zu Gunsten eines Streiks ausgefallen.

Republikaner ungeduldig.

Nanking, 20. Jan. — Angesichts der immer noch vergeblich erwarteten Ankündigung vom Rücktritt der Mandschu-Dynastie erklären republikanische Führer, die Mandschu und die jüngeren kaiserlichen Prinzen scheinen es in ihrer Verzweiflung darauf abgesehen zu haben, China zu ruinieren und dessen Aufteilung herbeizuführen. Niemand zweifelt mehr ernstlich daran, daß die Mandschu verloren sind, und allgemein heißt es, Juanschikai verfechte nur äußerlich noch die Monarchie, um sein Leben zu retten, während er eigentlich, wie sein Vertrauter Tangschaoji und Wutingfang, ein Uebereinkommen erzielt würden, nachdem die Mandschu unter den ihnen von den Republikanern angebotenen liberalen Bedingungen abdanken, Juanschikai und Sunjatsen sich in die Präsidentschaft teilen sollten, in der Weise, daß der Erstere den Norden, letzterer den Süden bekommen solle. Unter dem Einfluß der Mandschu versuchte plötzlich Juanschikai das schon entworfene Abkommen zu amendieren, und dies führte zum Abbruch der Verhandlungen von seiten der Republikaner und ihrem am Freitag Juanschikai zugestellten Ultimatum.

Präsident Sun ist der Ansicht, daß die Mächte, es sei denn, daß ihre Bedenken gegen eine Republik zu stark wären, dem Ersuchen um Anerkennung derselben bald entsprechen werden. Wie verlautet, wünschen dieselben, daß die Vereinigten Staaten auch in diesem Falle die Initiative ergreifen sollen, wie dies schon bei früheren ähnlichen Gelegenheiten geschehen, um Chinas Integrität zu wahren.

Mitglieder der republikanischen Konvention, die Dr. Sunjatsen vor einiger Zeit zum Präsidenten der Republik ernannte, sind jetzt in Nanking damit beschäftigt, eine Verfassung für die letztere zu entwerfen.

Washington, 20. Januar. — Im Staatsdepartement ist am Freitag die auf an die Regierungen in Berlin, Tokio, St. Petersburg, London und Paris gesandte Kabeldepesche angekommen, welche von Wangchungwei unterzeichnet ist und im Namen der republikanischen Regierung in Nanking um Anerkennung der neuen Republik China ersucht. Das Rundschreiben wird in Washington als ein Zeichen dafür angesehen, daß in den Unterhandlungen, die gegenwärtig in China zur Herbeiführung des Friedens im Gange sind, eine bedeutliche Krisis eingetreten ist. In der Erkenntnis, daß seine Entscheidungen auf den Ausfall von großem Einfluß auf die Haltung der anderen interessierten Mächte ist, wird das Staatsdepartement wahrscheinlich erst mit den anderen Mächten über diese Angelegenheit konferieren, bevor es einen Entschluß faßt. Diese Unterhandlungen werden durch die diplomatischen Vertreter in Peking geführt werden, deren Urteil bisher für alle Mächte bei den Handlungen in Sachen der chinesischen Lage maßgebend gewesen sind.

Anarchie in Mazedonien und Albanien.

London, 18. Jan. — Spezialkorrespondenten in Mazedonien und anderen Teilen der Türkei schildern die Lage in der ganzen europäischen Türkei in den dunkelsten Farben.

Nach der Beschreibung eines Korrespondenten befindet sich Mazedonien im Zustand der Anarchie. Zur Zeit seien die Verhältnisse dort noch schlimmer, als sie unter der Herrschaft von Sultan Abdul Hamid gewesen. Leben und Eigentum sind nicht länger in Sicherheit, und die Behörden scheinen nicht mehr im Stande zu sein, dem gesetzlosen Treiben Einhalt zu tun.

Ein anderer Spezialkorrespondent berichtet, daß ähnliche Zustände im nördlichen Albanien beständen und der Ausbruch von Unruhen zuerst dort zu erwarten sei.

Die unruhige Lage in der Türkei wird von den Mächten völlig erkannt und aus diesem Grunde sind sie bemüht, eine Beilegung der Feindseligkeiten zwischen Italien und der Türkei herbeizuführen, ehe die Jahreszeit genügend vorgeschritten ist, um den Mazedoniern und Albanesen den Beginn eines Guerilla-Krieges zu ermöglichen.

Das ganze Land vom Aegäischen Meere bis zum Adriatischen Meere ist für eine Rebellion rein. Bulgarien und Griechenland jedoch bewahren in jeder Hinsicht eine korrekte Haltung in ihren Beziehungen zu der Türkei.

Konstantinopel, 18. Jan. — Der Marineminister hat heute in der Deputiertenkammer die kaiserliche Irade, welche die Auflösung des Parlaments verfügt, verlesen.

Tobruk, Tripolis, 18. Jan. — Die Türken rückten gestern in verschiedenen Malen in voller Stärke vor, hielten sich indessen in weiterer Entfernung von den italienischen Linien. Sie wurden schließlich durch Granatfeuer der Batterien zerstreut.